

Ersteinst täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstraße 22.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.
Die die Redaction empfangenen Manu-
scripte werden nicht zurückgegeben.
Kann man die für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Artikel zu Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In der Abtheilung für Aufnahmen:
Ditts Kramm, Universitätsstr. 22,
Scheidtstraße, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 15,000.

Abonnementpreis viertel 4, 2/2, incl. Dringelosen 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk., jede einzelne Nummer 25 Pf., Belegexemplar 10 Pf., Schülern für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf., mit Postbeförderung 45 Pf., Jahressatz 10 Pf., Vierteljahr 30 Pf., größere Abtheilungen laut unserem Preisverzeichniß — Tabellenblätter nach höherem Tarif. Inserate unter dem Redactionsdruck die Spalten 40 Pf., Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachnahme.

Nr. 150.

Freitag den 30. Mai 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit in der Emilienstraße hier Schleusenbauten vorzunehmen und fordern wir daher unter Verweisung auf unsere Bekanntmachung vom 29. März d. J. die Besitzer der Administratoren der an genannte Straße angrenzenden Grundstücke auf, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 60 M oder der sonst in gedachter Bekanntmachung angeordneten Nachtheile die Unterführung der Dachtraufen mittelst besonderer Fallrohrschleusen, sowie die etwa nöthig werdende Einföhrung der Privatweiche gleichzeitig mit auszuführen zu lassen, und deshalb rechtzeitig und spätestens bis zum 15. Juni d. J. die erforderliche Bauzeichnung bei uns nachzusuchen.
Leipzig, am 24. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bannemann.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Schleufe III. Classe in der Kochstraße von der südlichen Grenze des früheren Turnplatzes ab bis zur Kreuzung der Fichtestraße soll an einen Unternehmer in Accord verbunden werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus 2. Etage, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: Schleufe in der Kochstraße versehen ebenfalls und zwar bis zum 10. Juni dieses Jahres, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, den 21. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bannemann.

Bekanntmachung.

Ein Theil der Schleufe der Emilienstraße soll in eine Schleufe III. Classe umgebaut und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord verbunden werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus 2. Etage, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: Schleusenbau in der Emilienstraße versehen ebenfalls und zwar bis zum 6. Juni d. J., Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, den 24. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bannemann.

Bekanntmachung.

Der diesjährige internationale Productenmarkt in Leipzig wird Montag, den 28. Juli d. J. in den Räumen des alten Schützenhauses hier abgehalten.

Leipzig, den 27. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Fürst Bismarck und die parlamentarische Lage.

Berlin, 28. Mai. Der Urlaub des Fürsten Bismarck zu einer Zeit, wo die Ausführung seiner wirtschaftlichen Pläne im Bundesrathe und Reichstage im Vordergrund der Thematik steht, macht die politische Welt stutzig und liefert den Stoff zu vielfachen Combinationen. In der Umgebung des Reichskanzlers widerspricht man zwar nicht, daß der Reichstag über die verfahrenen Verhandlungen der Tabak- und Branntweincommissionen des Reichstags nicht minder lebhaft ist, als der Wunsch, die Finanzkommission durch ministerielle Finanz-Capacitäten gerettet zu sehen, aber man bestreitet, daß damit die Abreise des Kanzlers nach Lauenburg oder Varzin in Verbindung stehe. Fürst Bismarck hat die Getreide- und Viehzölle so zu sagen in der Tasche, das Sperrgesetz dazu, und er kann auf die Majorität des Reichstags mit größter Zuversicht rechnen, als die freihändlerische Minorität auf einen parlamentarischen Sieg von irgend welcher Erblichkeit. Allerdings werden die mannigfachen Führlichkeiten, denen noch die neuen Wirtschaftsvorlagen ausgesetzt sind, mit einer Ministerkrise in Verbindung gebracht. Man will wissen, daß die preussischen Cabinetmitglieder Fall, Friedenthal und Sobrecht nach Ablauf der Pensionsferien um ihre Entlassung einkommen wollen. Aber die Namen, welche als Nachfolger bezeichnet werden, klingen so abenteuerlich, daß die tendenziöse Nachricht auf ein offenes Parteimanderl zurückgeführt werden muß. Jedenfalls trüben die Ultramontanen stark das öffentliche Wasser, in welchem sie zu fischen gedenken, und dies beunruhigt nicht wenig unsere parlamentarischen und hohen Beamtenkreise. (Soweit d. V. Correspond.)

Von anderer Seite wird uns noch zur parlamentarischen Lage geschrieben: „Die Aussichten der Steuerreform haben sich in der jüngsten Zeit jedenfalls nicht gebessert. Die Tabak- und Branntweincommission hat die Zoll- und Steuerlage einstweilen auf einen Betrag normirt, der, wäre er ernstlich gemeint, von der Regierung nur als Ironie ausgefaßt werden könnte. Nach weiter ist die Branntweincommission gegangen, indem sie den Gesetzentwurf wegen „Erhöhung“ der Branntwein auf den bisherigen Steuerfuß begründet wissen will. In der Taricommission endlich herrscht Unverständnis darüber, daß die eigentlichen Finanzpläne erst an letzter Stelle zur Verhandlung kommen sollen. Man begreift, wenn Fürst Bismarck, dem ohne Zweifel die Finanzreform stets das Hauptziel gewesen ist, Angesichts solcher Sachlage ungeduldig zu werden beginnt. Die wenig verhältliche Anlage, welche er gegen die

einzelstaatlichen Finanzminister erhob, ist ein bezeichnendes Symptom dieser Ungebuld. Aber die letztere erklärt sich aus dem Stande der Commissionsarbeiten doch nicht ganz. Auf die Bewilligung der Branntwein kann die Regierung, nachdem auch der Abg. v. Bennigsen den Gedanken einer erhöhten Belastung des Bieres ohne gleichzeitige Erhöhung der Branntweinsteuer zurückgewiesen hatte, kaum gerechnet haben. Das Votum der Tabaksteuercommission aber ist, wie bekannt, ein rein provisorischer Act ohne jede maßgebende Bedeutung, und über den Grad der Finanzjollfreiheit der Taricommission ist ein Urtheil zur Zeit überhaupt noch nicht möglich. Der Reichskanzler muß also wohl aus der parlamentarischen Lage im Allgemeinen ernste Besorgnisse wegen des Endresultats der Finanzreformbestrebungen schöpfen. In der That wird die Haltung der neuesten unter den „rechtsfreundlichen“ Parteien, des Centrums, von Tage zu Tage zweifelhafter. Den officiösen Streifen, die indirecten Freundlichkeiten des Reichskanzlers beantworteten die Herren auf finanzpolitischem Gebiete mit hartnäckiger Jagdbegierde oder mit allerlei „Wenn“ und „Aber“, mit stets neuen Bedingungen und Verlaufsänderungen, die allesamt nur den Eindruck der Verschleppungstendenz machen können. Das Centrum ist aber, wie die Dinge heute liegen, für die Durchsetzung der Finanzreform ein unentbehrlicher Bundesgenosse. Hätte man, wie es von gemäßigter liberaler Seite jederzeit in aufrichtig patriotischer Absicht so dringend ange-rathen worden, die Angelegenheit der Finanzreform von der Angelegenheit der gegenwärtigen Wirtschaftreform getrennt, so wäre die erstere — eine befriedigende Lösung der constitutionellen Frage vorausgesetzt — auch ohne die Hilfe des Centrums zu bewerkstelligen gewesen; denn die ganze nationalliberale Partei würde für sie eingetreten sein. Gerade, gegenüber der Verquickung von finanzpolitischen und protectionistischen Maßregeln ist dem nicht mehr so; man kann das Centrum nicht entbehren. Der große Unterschied ist aber, daß die nationalliberale Partei der Finanzreform zugestimmt haben würde um der Sache selbst willen, ohne jeden Nebengedanken, während das Centrum, wie das Mehr und mehr offenbar wird, die Finanzpläne als Gegenleistung gegen Zugeständnisse, welche es auf einem ganz anderen Gebiete fordert, zu behandeln gesonnen ist. Man wird danach beurtheilen können, ob sich die Regierung durch ihre bisherige Taktik ihre Position erleichtert oder erschwert hat.“ (Soweit der Bericht.) Die heutige „Nationalzeitung“ giebt der in den politischen Kreisen Berlins herrschenden Anschauung über die parlamentarische Lage wie folgt Ausdruck: „Die Mittelteilung, daß der Reichs-

kanzler von dem Kaiser die Bewilligung eines mehrmonatlichen Urlaubes erbeten hat, sieht selbstverständlich heute im Vordergrund des Interesses. Sowohl die Gelegenheit, bei welcher dies Gesuch vorgetragen wurde, als die Art der Mittelteilung in der „Nord. Allg. Ztg.“, wie nicht am mindesten der Zeitpunkt, wo dies Urlaubgesuch gestellt wird, beschäftigen die allgemeine Aufmerksamkeit und bilden den Gegenstand vielfacher Commentare. Der Reichskanzler hat bereits zweimal im Reichstag über den Mangel an Unterstützung von Seiten der Finanzminister der Einzelstaaten geflagt, er hat in der gestrigen Sitzung darauf hingewiesen, daß seine Bemühungen durch „mäßige und abgemessene Kräfte begrenzt“ seien, „es wird der Moment kommen“, so sagte Fürst Bismarck, „wo ich meinerseits den Karren nicht weiter hinausschieben kann, wenn ich nicht entschlossenen Beistand habe.“ Das Zusammenstreifen dieser Aeußerungen und des an den kaiserlichen Besuch sich anschließenden Urlaubgesuchs wird für kein bloß zufälliges erklärt. Wir selbst unterlassen es, auf die Commentare näher einzugehen, welche sich an diese Vorfälle knüpfen, und auf die Berechnung der Tragweite derselben, die von einigen Seiten als jeder weiteren Bedeutung entbehrend bezeichnet werden, während andererseits Combinationen aller Art daraus gebaut werden. Darüber ist man einig, daß die Lage, wie sie durch die Initiative des Reichskanzlers sich gestaltet hat, auch nur durch ihn zum Abschluß gebracht werden kann.“

Politische Uebersicht.

Leipzig, 29. Mai.

Aus allen kleineren und mittleren Staaten des deutschen Reichs gehen allmählich Mittheilungen darüber ein, daß die Vorbereitungen für die

*) In dem Bericht der „Post“ lautet die Stelle: „Das finanzielle Interesse habe ich ja oft heroorgehoben, aber glauben Sie doch nicht, daß deshalb das Reich in erster Linie interessiert ist. Wenn Sie und gar keine finanzielle Bewilligung wollen, braucht das Reich gar kein Geld, es ist ganz gleich, ob der Thaler, der in die Reichscasse fließt, aus Matricularbeiträgen oder Zöllen herrührt, und deshalb kann ich den Wunsch nicht unterdrücken, daß ich bei der dritten Befragung von Seiten der Finanzminister eine bessere Unterstützung finde; um ihre Sache handelt es sich, ich als Reichskanzler bin sehr leicht zu desinteressiren. Das Reich ist ja so glänzlich finanziert, daß die anderen Staaten sich zu ihm demüthigen müssen. Keine Bemühungen sind durch abgenutzte Kräfte begrenzt, und es wird der Moment kommen, wo ich den Karren nicht weiter den Berg hinausschieben kann, wenn ich nicht entschlossenen Beistand habe.“ (Reb. d. R. L.)

neue Justizorganisation insoweit als beendet anzusehen seien, als man den sämtlichen Richtern und Beamten bereits Nachricht über ihre Stellung vom 1. October d. J. ab habe zukommen lassen. Nur in Preußen werden die Klagen immer lauter, daß in dieser Beziehung bisher nur die Erzieher der Gerichtsbehörden, die Präsidenten und Räte der Oberlandesgerichte, sowie die Präsidenten und Directoren der Landgerichte, beachtet worden seien, während die zu Landgerichtsrichtern und Amtsrathen außerordentlichen Juristen und noch mehr die zahlreichen Subalternbeamten sich noch in der peinlichsten Ungewißheit über ihren zukünftigen Wirkungskreis befinden. „Man darf indes wohl erwarten — so schreibt man uns aus Berlin — daß binnen 4 bis 5 Wochen überallhin die betreffenden Benachrichtigungen ergangen sind, da mit dem 1. Juli wohl überall die Frist abläuft, binnen welcher contractliche Wohnungs- und Mietverhältnisse zum 1. October gekündigt sein müssen. Geschieht die Kündigung nicht rechtzeitig, so muß der Staat selbstverständlich später für die Kosten der Benachrichtigung eintreten.“

** Aus dem Reichstage. Berlin, 28. Mai: Der Reichstag hatte heute zwei besonders wichtige Entscheidungen zu fällen, die eine über das Sperrgesetz, die andere über den Holzjoll. Der nochmals gemachte Versuch, den Tabak unter die sofort zu sperrenden Gegenstände anzunehmen, scheiterte an dem Widerstande einerseits Derjenigen, welche die Tabaksteuer ganz hinterdrücken möchten, andererseits Derjenigen, welche in dieser Sperre ein Aufgeben der von ihnen für notwendig gehaltenen Nachsteuer erblicken zu müssen meinten. Ebenso scheiterte ein von anderer Seite gemachter Versuch, neben Weizen, Tabak und Wein auch Kasse und Petroleum sofort zu sperren. Charakteristisch war in dieser Beziehung wiederum die Haltung der Centrumpartei, indem ihr Führer Windthorst das zu erwartende Ergebnis der Beratungen über die Finanzpläne auch Neue geflissentlich ganz im Uegewisse stellte. Schließlich blieb die Majorität bei dem gestrigen Beschlusse, dessen Wirkung lediglich ist, daß vom Tage der Verkündung des Gesetzes an die Einfuhr von Weizen vollständig mit einem Zoll von 1 M pro 100 Kilogr. belegt wird. Diese Verkündung dürfte unmittelbar bevorstehen. — Die Entscheidung über den Holzjoll erfolgte erst nach einer abermaligen längeren Debatte, in welcher namentlich der Abgeordnete Kiderer den vom Regierungssitze zur Begründung des Jolles auf Bau- und Hutzholz vorgebrachten Argumenten entgegentrat. Die Abstimmung über den Zoll von 0,10 M für 100 Kilogr. rohes Bau- und Hutzholz ergab 172 Stimmen für und 88 Stimmen gegen die Regi-